

«UNO-Drogentag 2024»: ein Erlebnisbericht

Weder das Bundesamt für Gesundheit noch die Berner Gesundheit und wie die von unseren Steuergeldern subventionierten Institutionen alle heissen, waren am internationalen, sog. «UNO-Tag gegen Drogenmissbrauch und Drogenhandel» (heuer am 26. Juni) präsent. Auch in den Medien konnte keine Präventions- oder Informationskampagne gesichtet werden, obschon der Drogenmissbrauch und Drogenhandel eine grosse Gefahr für unsere Zivilisation und Sicherheit bedeuten.



Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin «Eltern gegen Drogen», ehem. Grossrätin Kanton Bern

Auswirkung der wöchentlichen Heroinabgabe

Verschiedene süchtige Menschen berichteten, dass sie nur noch einmal pro Woche mehrere Tagesdosen des Betäubungsmittels Heroin (Diacetylmorphin) erhalten würden. Dies, obschon sie nicht fähig seien, diese Rauschmittel einzuteilen. Sie bestätigten auch, dass sie diese vom Staat abgegebenen Rauschgifte oft verkaufen oder tauschen würden. Kokain sei das häufigste Suchtmittel, das sie dann meist spritzen, sniefen oder als Crack rauchen würden. Die Verfügbarkeit von verschreibungspflichtigen Betäubungsmitteln, z.B. stark süchtig machenden Benzodiazepinen wie Valium, Xanax, Rohypnol, Dormicum und

Temesta, sei so hoch wie noch nie. In zehn Minuten könnten sie uns jedes Suchtmittel beschaffen.

Dealen und Sozialhilfe oder IV beziehen

Max, mit seinem vom Drogenkonsum gezeichneten Gebiss, kam immer wieder zu uns an den Infostand und erzählte von seinem Leben, von seiner reduzierten Arbeit als Koch. Er würde unter 3'000 Franken verdienen und überlege sich, den Job aufzugeben. Denn ein Kollege von ihm, ein Sozialfall, hätte im letzten Monat mit Dealen «easy» 13'000 Franken verdient. Es sei selten, dass jemand intervenieren oder ihn beim Kauf und Verkauf stören würde. Er wisse günstige Bezugsquellen und die Nachfrage werde immer grösser.



26. Juni
Internationaler Tag gegen
Drogenmissbrauch

Aggressionen und Gewalt durch Süchtige

Sven sass ungefähr zwei Stunden lang mit hängendem Kopf vor der Heiliggeistkirche auf dem Boden, leere Dosen und Flaschen lagen neben ihm. Plötzlich stand er auf, brüllte Unverständliches und knallte sein Smartphone vor sich auf den Betonboden und wiederholte dies mehrmals. Dann steuerte er auf unseren Infostand zu, wo interessierte Touristen das Präventionsmaterial anschauten und unsere ehrenamtliche Tätigkeit anerkennend zur Kenntnis nahmen. Sven wurde immer lauter und für alle bedrohlicher. Die fremden Gäste waren Vielreisende. Sie waren sprachlos über die Verfügbarkeit von illegalen Drogen in der ganzen Stadt und über die Untätigkeit der Behörden sowie der Zuständigen in der Suchthilfe. Solche Zustände hätten sie noch nirgends auf der Welt gesehen.

Fehlende abstinenzorientierte Ausstiegshilfen

Lia erzählte uns von ihrem zweimonatigen Entzugsaufenthalt in einer Klinik im Kanton Bern. Sie habe Angst vor der Zukunft, da sie jetzt wieder zurückkomme an den Ort und zu den Menschen, die sie in der Berufsschule kennen gelernt habe und die ihr zuerst Joints, dann Drogen-Cocktails angeboten hätten. Dass sie nun als über 30-jährige Frau ohne Beruf, ohne echte Freunde sich selbst überlassen sei, empfinde sie als grosses Risiko. Die Versuchung, wieder zu Betäubungsmitteln zu greifen, sei wegen des Angebots in Biel und Bern, wo sie sich vor allem aufhalten werde, enorm gross. Die Sozialarbeiterin hätte ihr eine ambulante Therapie in einem sozialtherapeutischen Zentrum empfohlen, zwei-, dreimal pro Woche. Ihre Verzweiflung hat uns tief berührt.

Fränzi berichtete uns von ihrem anderthalbjährigen Aufenthalt bei einer Bauernfamilie. Sie hätte eine gute

Zeit gehabt, aber nun sei sie auf der Suche nach einem geschützten Platz, wo sie eine Lehre in einem Pflegeberuf machen könne. Dann blätterte sie in unseren bereitliegenden «Eltern gegen Drogen»-Bulletins und entdeckte die Beschreibung des von uns empfohlenen, erfolgreichen Therapiedorfes San Patrignano bei Rimini.

Lia und Fränzi waren dankbar über diese Therapiemöglichkeit und verliessen voller Hoffnung und Zuversicht unseren Info-Stand.

Unsere Forderung an die Verantwortlichen in der Schweizer Suchthilfe und Politik

Leider laufen die Verharmlosung, insbesondere des Betäubungsmittels Cannabis, die fehlende Frühinterventionen bei Kindern und Jugendlichen, die Versorgung von süchtigen Menschen mit den von ihnen gewünschten Rauschgiften, die nur 14-tägigen körperlichen Entzüge und die fehlenden, abstinenzorientierten Therapien (Heilbehandlungen) – wie in Artikel 1a des Betäubungsmittelgesetzes festgeschrieben – einer wirksamen, nachhaltigen Drogenpolitik entgegen. Auch die hohen Kosten, die den Steuerzahlern für die süchtigen Sozialhilfe- und IV-Empfänger entstehen, die verabreichten, von den Krankenkassen übernommenen Betäubungsmitteln und die in der «Drogen-Sozialindustrie»-Angestellten müssen hinterfragt werden.

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen verlangt, dass das Wohl unserer Kinder und Jugendlichen und die Sicherheit der ganzen Bevölkerung im Mittelpunkt der Drogenpolitik stehen müssen. ●